

## Beschluss des Landrats vom 02.12.2021

Nr. 1269

### 16. Fragestunde der Landratssitzung vom 2. Dezember 2021 2021/670; Protokoll: ama

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) erinnert an die Spielregeln. Die Fragestunde dauert gemäss Geschäftsordnung eine halbe Stunde. Dies ist zu berücksichtigen, und es gilt, nicht zu diskutieren, sondern wirklich nur Fragen zu stellen.

#### 1. Hanspeter Weibel: Projekt «Zukunft Feuerwehr»

**Hanspeter Weibel** (SVP) dankt für die Beantwortung und stellt folgende Zusatzfrage: *Wer ist für die Gemeinden und die Feuerwehrverantwortlichen bei den Gemeinden Ansprechperson bei diesem Projekt?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) erklärt, die Thematik sei erkannt und Handlungsbedarf bestehe. Seitens Kanton steht man im Kontakt mit dem VBLG, ein erweiterter Runder Tisch ist geplant. In diesem Gremium soll gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden das Projekt Zukunft Feuerwehr weiterentwickelt werden. Aktuell werden gemeinsam mit dem VBLG die möglichen Zielsetzungen und ein Fahrplan erarbeitet. Es ist wichtig, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Anton Lauber geht davon aus, dass der Projektauftrag anfangs 2022 unterzeichnet werden kann. Die Namen der Mitglieder des Runden Tisches können nachgeliefert werden.

**Markus Dudler** (CVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Nehmen angrenzende Gemeinden anderer Kantone auch am Runden Tisch teil?*

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) antwortet, es werde selbstverständlich auf andere Gemeinden geschaut. Primär wird schon heute der Blick auf die funktionalen Räume gerichtet.

#### 2. Christina Wicker-Hägeli: Steuerabzug für Stromspeicher

Keine Zusatzfragen.

#### 3. Jan Kirchmayr: Fünfmonatige Totalsperre – Ignorieren SBB und BAV den Kanton BL?

**Jan Kirchmayr** (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Ist immerhin das Wendegleis auf Kurs?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) wiederholt die schriftliche Beantwortung. Der Viertelstundentakt bis Aesch soll noch in diesem Jahrzehnt möglich und entsprechend das Wendegleis in Aesch gebaut werden. Der Kanton bringt sich bei den SBB intensiv ein, er kommt also seinem Auftrag vollumfänglich nach.

**Linard Candreia** (SP) hat eine weitere Zusatzfrage: *Was gedenkt die Regierung zu tun, damit die Ersatzbusse nicht im Stau steckenbleiben?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) gibt darauf die folgende Antwort: Man kann den Pelz des Bären nicht waschen, ohne dass er nass wird. Wenn man die Schnellzughalte in Laufen will, muss

der Doppelspurausbau erfolgen, daran führt kein Weg vorbei. Ohne Sperrungen geht dies nicht. Die Situation ist anerkanntermassen unangenehm, jedoch wird vonseiten Kanton alles darangesetzt, diesen Zustand so kurz wie möglich zu halten. Dasselbe Interesse hat im Übrigen auch die SBB.

**Marc Scherrer** (CVP) stellt dieselbe Zusatzfrage nochmals: *Was gedenkt die Regierung zu tun, damit die Ersatzbusse nicht im Stau steckenbleiben?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) wiederholt in seiner Antwort, dass dem Regierungsrat die Situation im Laufental bekannt sei. Dass ein Bus im Stau steht, lässt sich nicht verhindern, jedoch werden alle Seiten um ein möglichst gutes Regime bemüht sein. Ohne Schwierigkeiten wird das Ganze nicht über die Bühne gehen, jedoch können nur auf diese Weise wichtige Verbesserungen für die Zukunft erreicht werden.

#### 4. Ernst Schürch: Pandemiesituation COVID19 – Luftreinigungsgeräte

**Ernst Schürch** (SP) stellt zwei Zusatzfragen: *Wann liegt der von der Regierung angekündigte Bericht vor? Aus Sicht der Betroffenen dauert dies zu lange, denn die Heizperiode hat längst begonnen und die Infektionszahlen an den Schulen explodieren. Ab wann werden entsprechende Massnahmen in den Schulen umgesetzt?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, bei der Erstellung des Berichts seien vier Direktionen involviert (VGD, BKSD; FKD und BUD). Spätestens Ende Jahr liegt der Bericht aber vor. Die Hauptidee lautet, dass kein Gerät die Verbreitung des Virus verhindern kann. Stosslüften ist auch nach Ansicht des Kantonsarztes am effizientesten und sichersten.

**Jan Kirchmayr** (SP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat bereit, einen entsprechenden Pilotversuch mit Luftfiltern an den Schulen durchzuführen?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt in seiner Antwort, entsprechende Tests hätten bestimmt schon stattgefunden, jedoch nicht im Kanton Basel-Landschaft.

#### 5. Roman Brunner: Pandemiesituation COVID19 – Massnahmen BL

Keine Zusatzfragen.

#### 6. Pascale Meschberger: Pandemiesituation COVID19 – Auffrischimpfungen

Keine Zusatzfragen.

#### 7. Ursula Wyss Thanei: Pandemiesituation COVID19 – Auffrischimpfungen

**Ursula Wyss Thanei** (SP) hat zwei Zusatzfragen: *Welche Erfahrungen hat der Kanton vor einem Jahr in Bezug auf die Auslastung der Impfzentren gemacht, als man sich bei der Terminvergabe strikt auf das Alter bezog? Bekanntlich setzt der Kanton auf die Mitwirkung und Mithilfe von Arztpraxen und Apotheken. Weitergefragt: Wie viele der gelieferten Impfdosen konnten auch verabreicht werden?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet wie folgt: Die Erfahrungen einer Priorisierung waren während der ersten Impfkampagne gut, daher gehe man nun nach der gleichen Strategie vor. Die am stärksten gefährdeten Personengruppen sollen dann zur Anmeldung zugelassen

werden, wenn auch Impfungen zur Verfügung stehen. Die Altersheime wurden bereits durchgeimpft. Auch Personen über 65 oder mit speziellem Attest konnten schon Termine buchen und geimpft werden. Ab dem kommenden Freitag, 3. Dezember 2021, können sich Personen über 50 anmelden. So bald als möglich wird auch die Anmeldung der restlichen Bevölkerung ab 12 Jahren freigeschaltet. Die vorhandenen Kapazitäten sollen auf jeden Fall voll ausgelastet werden. Ab dem 6. Dezember 2021 wird das Impfzentrum Muttenz auf einen Dreischichtbetrieb umstellen und es wird mit allen Mitteln versucht, das Impfzentrum West noch vor Ende Dezember in Betrieb zu nehmen. Bezüglich Arztpraxen kann festgehalten werden, dass noch weitere Teilnehmende gesucht werden. Auf keinen Fall darf das Impfen in Arztpraxen dazu führen, dass Impfstoffe beispielsweise in Bezug auf die Kühlung unsachgemäss gehandhabt werden. Es werden bereits einige Impfungen in den Praxen verabreicht, Potential ist aber noch vorhanden.

**Thomas Eugster** (FDP) stellt die folgende Zusatzfrage zu Frage 1: *Ist ein Impfwochenende für das Lehrpersonal geplant und wenn ja, wann?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) hat dazu die folgende Antwort: Am kommenden Wochenende gibt es für das Gesundheitspersonal reservierte Impfstrassen. Der KKS prüft, ob dies auch für das Lehrpersonal und weitere exponierte Personengruppen möglich sein wird. Ziel ist, dass 6 bis 7 Monate nach der 2. Impfung der Booster verabreicht werden kann.

**Sven Inäbnit** (FDP) hat eine weitere Zusatzfrage: *Wieso erfolgt in unserem Kanton eine Staffellung? Geschieht dies aus Kapazitäts- oder medizinischen Gründen?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, gleich wie in der ersten Phase sollen die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen der Reihe nach geimpft werden. Es handelt sich dabei um einen bewussten Priorisierungsentscheid. Es gibt durchaus Kantone, die angekündigt haben, die Impfung für alle freizugeben. Ob diese Personen aber innert nützlicher Frist auch einen Termin bekommen, ist eine andere Frage.

**Marco Agostini** (Grüne) stellt eine Zusatzfrage: *Viele Ärzte und Apotheken haben ihm mitgeteilt, sie hätten nicht genügend Impfstoff. Was sagt die Regierung dazu?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) hört zum ersten Mal davon. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, würde eine Antwort nachgeliefert.

**Markus Dudler** (CVP) fragt in seiner Zusatzfrage, *ob es überhaupt Sinn mache, spezifische Berufsgruppen gleichzeitig zu impfen. Besteht hier nicht das Risiko, dass aufgrund von Impfnebenwirkungen in den kommenden Tagen gleichzeitige Ausfälle zu kompensieren wären?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, dieses Risiko werde als akzeptabel erachtet. Zudem führen verschiedene Spitäler und Institutionen auch In-House-Impfungen durch.

**Mirjam Würth** (SP) stellt die folgende Zusatzfrage: *Wie schätzt der Regierungsrat die Geschwindigkeit des Baselbiets beim Boostern ein?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet: Entgegen vielverbreiteten Gerüchten ist Basel-Landschaft gut unterwegs, insbesondere sind im Gegensatz zu anderen Kantonen bereits alle Altersheime durchgeimpft. Trotzdem müssen noch mehr Kapazitäten aufgebaut werden. Das Ziel ist, wie bereits erwähnt, allen Impfwilligen 6 bis 7 Monate nach der Zweitimpfung den Booster verabreichen zu können.

## 8. **Béatrix von Sury d'Aspremont: Booster Walk-In Termine**

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) stellt eine Zusatzfrage: *Sind aufgrund der Aufschiebung etlicher elektiver Eingriffe, zum Beispiel am KSBL, zusätzliche personelle Ressourcen für Booster-Impfungen vorhanden, welche den Druck von den Impfzentren wegnehmen helfen könnten?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) gibt dazu die folgende Antwort: Theoretisch ja, jedoch ist er nicht sicher, ob das Personal der Fachkliniken zugunsten der Covid-Stationen eingesetzt würde. Wäre Personal in signifikanter Zahl unterbeschäftigt, dann wäre Béatrix von Sury d'Aspremonts Vorschlag auf jeden Fall ein sinnvoller und prüfenswerter Ansatz.

**Thomas Eugster** (FDP) hat eine weitere Zusatzfrage: *Das eigentliche Problem stellen momentan die ungeimpften Personen dar, welche unsere Intensivstationen füllen. Ist allenfalls eine Triage geplant?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, es handle sich hier um eine ethisch heikle Frage, die nicht auf politischer Ebene beantwortet werden könne und dürfe. Die Gesellschaft für Intensivmedizin hat zwar Triagekriterien und Richtlinien erlassen, vom ärztlichen Ethos her ist man allerdings verpflichtet, jeder Person eine adäquate Behandlung angedeihen zu lassen. Erneut richtet der Regierungsrat den folgenden Aufruf an die gesamte Bevölkerung: Lasst euch impfen! Eine Triage nach Impfstatus wäre nur schwer bis gar nicht verantwortbar.

**Laura Grazioli** (Grüne) stellt abschliessend die folgende Zusatzfrage: *Kennt der Regierungsrat den dringenden Aufruf, welcher vor rund einem Monat im renommierten Medizinjournal «The Lancet» publiziert wurde, dass die aktuelle Stigmatisierung der Ungeimpften auf absolut keiner wissenschaftlichen Grundlage beruht?*

Regierungspräsident **Thomas Webers** (SVP) Antwort lautet: Ihm ist der genannte Artikel bekannt und auch er betont, dass eine Stigmatisierung von Ungeimpften dem Schweizer System unwürdig und nicht zielführend wäre. Die Verantwortung über die eigene Gesundheit und diejenige über die Gesundheit der eigenen Familie hat einen hohen Stellenwert, sie steht jedoch auch im Spannungsfeld zwischen individual und public health.

## 9. **Miriam Locher: Pandemiesituation COVID-19 – Breites Testen**

**Simone Abt** (SP) hat eine Zusatzfrage: Sie bezeichnet das Breite Testen als einen weiteren Pfeiler der Pandemiebekämpfung. Dieses findet an den Schulen einmal pro Woche statt. *Wäre es allenfalls möglich, die Tests zweimal wöchentlich durchzuführen?* Immerhin nehmen rund 75 % der Schülerinnen und Schüler daran teil und es könnte so eine Erhöhung der Sicherheit erreicht werden.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt dazu die folgende Antwort: Eine Kapazitätserhöhung wäre sehr schwierig. Bereits jetzt sind die Testzentren und Laboratorien sehr stark ausgelastet, ausserdem wäre der Aufwand für die Schulen gross.

**Roman Brunner** (SP) stellt im Namen der an Covid erkrankten Miriam Locher eine weitere Zusatzfrage: *Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, diejenigen Personen in einer Schulklasse, welche von positiven Pools betroffen sind, zu verpflichten, einen Test zu machen, um eine Explosion der Fallzahlen zu verhindern?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, das Angebot des Breiten Testens sei freiwillig, deshalb können Personen nicht zum Depooling verpflichtet werden. Dies wird jedoch empfohlen und in der Regel auch befolgt. Bei 3 oder mehr positiven Fällen in einer Klasse ordnet der kantonsärztliche Dienst eine Quarantäne für die ganze Klasse an. Weiter kann er auch Umgebungsabklärungen anordnen.

**Urs Roth** (SP) hat eine weitere Zusatzfrage zur Teilfrage 2: *Weshalb braucht es für die Schulen eine gesetzliche Grundlage bezüglich Pflicht zum Depooling, für die Alters- und Pflegeheimmitarbeitenden sowie die Mitarbeitenden in Spitälern jedoch nicht?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) dankt für diese Frage und gibt die folgende Antwort: Tatsächlich scheint die Rechtslage nicht eindeutig zu sein. Es gibt dazu zwei verschiedene Meinungen, ob das Bundesrecht den Kantonen überhaupt die Möglichkeit gibt, obligatorische Tests vorzusehen. Eine der Meinungen geht dahin, dass eine Klärung auf Verordnungsstufe möglich sein sollte. Juristisch ist die gesamte Thematik höchst umstritten, den entsprechenden Fragen müsste man vertieft nachgehen.

**Rahel Bänziger** (Grüne) stellt die folgende Zusatzfrage: *Es kommt in letzter Zeit vermehrt zu Impfdurchbrüchen und auch doppelt geimpfte Personen werden dazu angehalten, sich testen zu lassen. Ist ein automatisches Depooling (unkomplizierter PCR-Test aller Personen eines positiven Pools möglichst ohne lange Anfahrtswege und Wartezeiten) angedacht, um dem Breiten Testen eine höhere Akzeptanz zu ermöglichen?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) gibt dazu diese Antwort: Solche Überlegungen finden bereits statt, zudem war der Kanton Basel-Landschaft zusammen mit Graubünden einer der ersten Kantone, welche das Breite Testen eingeführt hatten. Die anonymisierte Poolmethode wurde vom Datenschutz her als am unbedenklichsten erachtet und diese führte zu einer recht hohen Beteiligung. Mit der aktuellen Fallzahlenentwicklung ist nun aber zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein benutzerinnen- und benutzerfreundlicheres Depooling angeboten werden kann. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass in Laufen und Sissach bereits zusätzliche Depooling-Stationen in Betrieb genommen wurden.

**Ernst Schürch** (SP) stellt eine nächste Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat bereit, auf den Entschluss, sich für das Depooling obligatorisch online anmelden zu müssen, zurückzukommen und ein niederschwelligeres Depooling anzubieten?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, auch diese Frage müsse geprüft werden. Im Übrigen ist er der Meinung, dass das Depooling analog zu den Alters- und Pflegeheimen auch für diejenigen Personen, welche am Breiten Testen der Schulen teilnehmen, obligatorisch werden müsste. Hier gilt es, die notwendigen Abklärungen zu tätigen.

**Markus Dudler** (CVP) hat eine weitere Zusatzfrage: *Ein Depooling während der Freizeit motiviere geimpfte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unbedingt, beim Breiten Testen mitzumachen. Wäre es allenfalls sinnvoll, das Depooling verpflichtend während der Arbeitszeit durchzuführen?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) gibt zur Antwort, der Kanton erachte es als nicht angemessen, Privaten derartige Regeln vorzuschreiben und so in ihre Schutzkonzepte einzugreifen.

**Tania Cucè** (SP) stellt die Zusatzfrage, *weshalb die gesetzliche Grundlage bei den Schulen nicht gleich wie bei den Alters- und Pflegeheimen auf Verordnungsebene angepasst wurde.*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt zur Antwort, die Rechtslage sei nicht eindeutig und müsse nochmals geprüft werden.

**Pascal Ryf** (CVP) stellt folgende Zusatzfrage: *In Deutschland werden kleinere Kinder mit so genannten PCR-Lollitests getestet. Sind solche Tests auch im Baselbiet vorgesehen?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, sie sei darüber nicht informiert.

Auch Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) kennt die Antwort nicht, er verspricht jedoch, diesem Anliegen nachzugehen. [siehe Nachtrag vom 20.12.21]

**Mirjam Würth** (SP) fragt zusätzlich, *welche Überlegungen des Regierungsrats hinter der obligatorischen Anmeldung für das Depooling stehen?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) kann folgende Antwort geben: Es gehe darum, mittels Timeslots Wartezeiten abzubauen.

**Sandra Strüby-Schaub** (SP) richtet noch eine letzte Zusatzfrage an den Regierungsrat: *Ist es vorstellbar, die Teststationen Sissach und Laufen gegenüber heute an zusätzlichen Tagen und während längeren Zeiten zu öffnen und so die Kapazitäten zu erhöhen?*

Auch dieses Anliegen wird geprüft, antwortet Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP). Alle Bestrebungen gehen dahin, Wartezeiten möglichst zu vermeiden und die Testresultate schnellstmöglich zu liefern.

## **10. Reto Tschudin: Maskenpflicht an Primarschulen**

**Reto Tschudin** (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Laut Regierungsrat soll die Maskentragpflicht dazu dienen, die Quarantäne zu verhindern. Trotzdem werden momentan aber auch Klassen, in welchen Masken getragen wurden, konsequent in Quarantäne geschickt. Ist dieses Vorgehen in sich schlüssig oder gibt es noch Ergänzungen zur Antwort 10.2?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt zur Antwort, die Maskenpflicht gelte erst wieder seit dem vergangenen Montag. Die Auswirkungen werden sich in den nächsten Tagen zeigen, wobei letztlich der kantonsärztliche Dienst die Situation vor Ort beurteilt und dann allenfalls auch die Quarantäneregelung anpasst.

**Marco Agostini** (Grüne) hat eine weitere Zusatzfrage: *Wäre es in Anbetracht der momentanen Situation nicht zu überlegen, die kommenden Weihnachtsferien um eine Woche vorzuziehen?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, dass solche Überlegungen gemeinsam mit der Task Force Schulen tatsächlich angestellt werden. Es kann aber betont werden, dass rund die Hälfte der Primarschulen noch keine Corona-Fälle zu verzeichnen hat.

## **11. Marc Schinzel: Breites Testen an den Schulen – geht es nicht noch breiter?**

**Marc Schinzel** (FDP) hat eine Zusatzfrage: *Kann der Kanton die Schulleitungen durch geeignete Massnahmen unterstützen, um deren Belastung zu reduzieren?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt zur Antwort, die Ressourcen seien knapp. Das Amt für Volksschulen berät die Schulleitungen permanent, zudem wurde bereits kurzfristig Personal zur Verfügung gestellt, um diese Unterstützung noch zeitnaher und besser zu gewährleisten.

## 12. **Caroline Mall: Integrationsprogramm KIP 2<sup>bis</sup>**

**Peter Riebli** (SVP) stellt im Namen von Caroline Mall folgende Zusatzfrage: *Wie kann das kantonale Statistische Amt jeweils eine auf einzelne Personen heruntergebrochene Statistik präsentieren, wie viele der Personen, welche Sozialhilfe beziehen, beispielsweise alleinstehend oder Kinder sind, wenn gemäss Antwort 12.3 keine abschliessende Liste über die Anzahl der Sozialhilfebeziehenden in unserem Kanton existiert?*

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) gibt folgende Antwort: Sie hätte es begrüsst, wenn zur Frage 12.2 eine Interpellation eingereicht worden wäre. Die entsprechenden Zahlen konnten nicht auf die Schnelle geliefert werden. Zur Zusatzfrage hält sie fest, das Statistische Amt könne auch nicht auf den Einzelfall herunterbrechen, sondern es zähle die Anzahl Personen pro Gemeinde. Nichtsdestotrotz hielt der Regierungsrat fest, dass den Integrationsvereinbarungen im Bereich der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger eine eher geringere Bedeutung zukomme, da dort noch andere Massnahmen aus dem Bereich der Ausländergesetzgebung zur Anwendung kommen.

**Ermando Imondi** (SVP) hat eine weitere Zusatzfrage: *Was gedenkt die Regierung mit denjenigen Personen zu tun, welche nicht willig sind, an einem Integrationsprogramm teilzunehmen?*

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) antwortet, Integrationsvereinbarungen seien verbindlich, sie halten die zu erreichenden Integrationsziele fest. Es gibt zudem die Möglichkeit von Rückstufungen, Verwarnungen, etc., die im Kanton Basel-Landschaft regelmässig angewendet werden. Grundsätzlich sind die Aspekte «fördern und fordern» nach wie vor zentral.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) erinnert abschliessend an die Spielregeln der Fragestunde. Die Geschäftsordnung des Landrats hält fest, dass die Fragen bis Montagabend, 17.00 Uhr, bei der Landeskanzlei eingereicht sein müssen. Später eingegangene Fragen können nicht berücksichtigt werden. In letzter Zeit kam es häufiger vor, dass deutlich mehr als drei Unterfragen gestellt wurden. Es muss dann jeweils mit der fragestellenden Person Kontakt aufgenommen werden, was einen zusätzlichen Aufwand für die Landeskanzlei bedeutet. Sollte bis 17 Uhr keine Rückmeldung erfolgt sein, werden überzählige Fragen gestrichen, was aber nicht unbedingt im Interesse beider Seiten ist. Dieser Aufwand lässt sich vermeiden, wenn die Vorgaben eingehalten werden. Wer umfangreichere Fragen stellen möchte, wird gebeten, das Instrument der Interpellation zu nutzen.

---